

Oktober 2014

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Deutsche bleiben über weltpolitische Lage besorgt.....	3
Acht von zehn sehen Terrorgruppe „Islamischer Staat“ als Bedrohung Deutschlands.....	4
Kampf gegen „IS“ im Nahen Osten: Mehrheit gegen stärkeres Engagement Deutschlands.....	6
Aufnahme von mehr Flüchtlingen in Deutschland bleibt umstritten.....	7
Wirtschaftliche Zufriedenheit bleibt trotz Einbußen gut	8
Regierungszufriedenheit weiterhin hoch	9
Politikerzufriedenheit: von der Leyen unter Druck	10
Ausrüstungspannen bei der Bundeswehr: Zweifel an Ministerin, Sympathien für Forderung nach besserer Finanzausstattung	11
Sonntagsfrage: AfD auf Rekordhoch, FDP rutscht auf 2 Prozent ab.....	13
Spartengewerkschaften: Verständnis für Lokführer, nicht aber für Lufthansa-Piloten	15

ARD – DeutschlandTREND Oktober 2014

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)
WDR-Autor	Michael Stempel: 0221 220-3132
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann: 0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe: 030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.002 Befragte Fragen zur Wirtschaftslage: ca. 500 Befragte Sonntagsfrage: 1.502 Befragte
Erhebungszeitraum	29. bis 30. September 2014 Sonntagsfrage: 29. September bis 1. Oktober 2014
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte Bei 500 Befragten: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent
Durchführendes Institut:	infratest dimap
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer: 030 53322-113 Reinhard Schlinkert: 0228 32969-3

Zusammenfassung

Angesichts der Vielzahl internationaler Konflikte betrachten die Bundesbürger die weltpolitische Lage weiterhin mit zunehmender Sorge: Nach 58 Prozent im September empfinden aktuell 62 Prozent der Deutschen die internationale politische Lage als sehr bedrohlich oder bedrohlich. Zum aktuellen Bedrohungsgefühl der Deutschen tragen verschiedene außenpolitische Entwicklungen bei, eine davon ist der Vormarsch der Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Nahen Osten. Für nur jeden Sechsten ist die Terrorgruppe lediglich ein regionales Problem, acht von zehn sehen darin eine Bedrohung auch für die Bundesrepublik. Dieses Urteil fußt nicht zuletzt auf der Sorge, dass Deutschland selbst zum Ziel des „Islamischen Staats“ werden könnte. Sechs von zehn fürchten, dass es im Zuge der Auseinandersetzungen mit der Terrormiliz in Syrien und im Irak zu Terroranschlägen hier in Deutschland kommen könnte.

Vor dem Hintergrund der aktuellen internationalen Konflikte sind die Flüchtlingszahlen weltweit deutlich gestiegen. Sechs von zehn Deutschen sind der Meinung, dass die Europäische Union mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte als bisher, vier von zehn sprechen sich dagegen aus. Eine verstärkte Flüchtlingsaufnahme durch die Bundesrepublik stößt bei den Deutschen dagegen auf ein geteiltes Echo: Die Hälfte befürwortet die Aufnahme von mehr Flüchtlingen, etwa ebenso viele lehnen dies ab.

Die Sorge um die aktuelle außenpolitische Situation wird weiterhin begleitet von einer insgesamt guten wirtschaftlichen Stimmung im Land. Zwar hat binnen Monatsfrist die wirtschaftliche Zufriedenheit erkennbar nachgelassen, drei von vier Deutsche aber bewerten die konjunkturelle Situation in Deutschland weiterhin als sehr gut oder gut. Auch bleibt die Mehrheit der Bundesbürger für die kommenden zwölf Monate optimistisch.

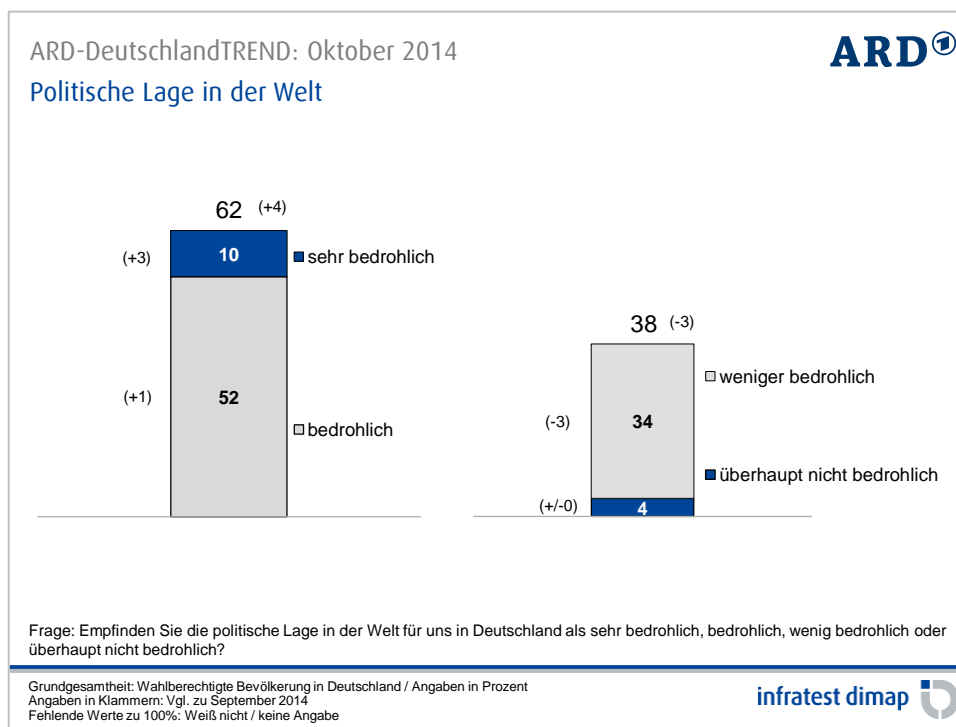
Die letzten Wochen gaben den Deutschen nur wenig Anlass, ihre positive Sicht auf die Regierungsarbeit grundlegend zu ändern. Der Regierungsrückhalt gibt etwas nach, jedoch überwiegt weiterhin die Zustimmung zum Berliner Kabinett. Von den wichtigsten Ressortchefs hat im laufenden Monat insbesondere Verteidigungsministerin von der Leyen Popularität eingebüßt. Mit der Diskussion um den Ausrüstungszustand der Bundeswehr fällt sie auf ihren bislang niedrigsten Sympathiewert. Gleichzeitig sind die Zweifel gewachsen, ob sie eine gute Besetzung an der Spitze des Verteidigungsressorts sei. Mit ihrem Einsatz für eine bessere Finanzausstattung der Bundeswehr könnte es ihr aber gelingen, sich wieder etwas Luft zu verschaffen: Angesichts der berichteten Ausrüstungsmängel sprechen sich 55 Prozent dafür aus, mittelfristig mehr Geld für die Bundeswehr auszugeben.

In der aktuellen politischen Stimmung kommt die CDU/CSU auf einen Stimmenanteil von 41 Prozent (+1 im Vergleich zum Vormonat). Die SPD erreicht unverändert 24 Prozent. Die Linke bleibt ebenfalls stabil bei 10 Prozent. Die Grünen hingegen geben einen Punkt ab und kämen derzeit auf 9 Prozent. Damit liegen sie gleichauf mit der AfD, die nach ihren Erfolgen bei den drei Landtagswahlen im letzten Monat weiter zulegt (9 Prozent, +2). Anders die FDP, die in diesem Monat auf 2 Prozent abrutscht – so tief wie zuletzt im Januar 2012.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND Oktober 2014, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

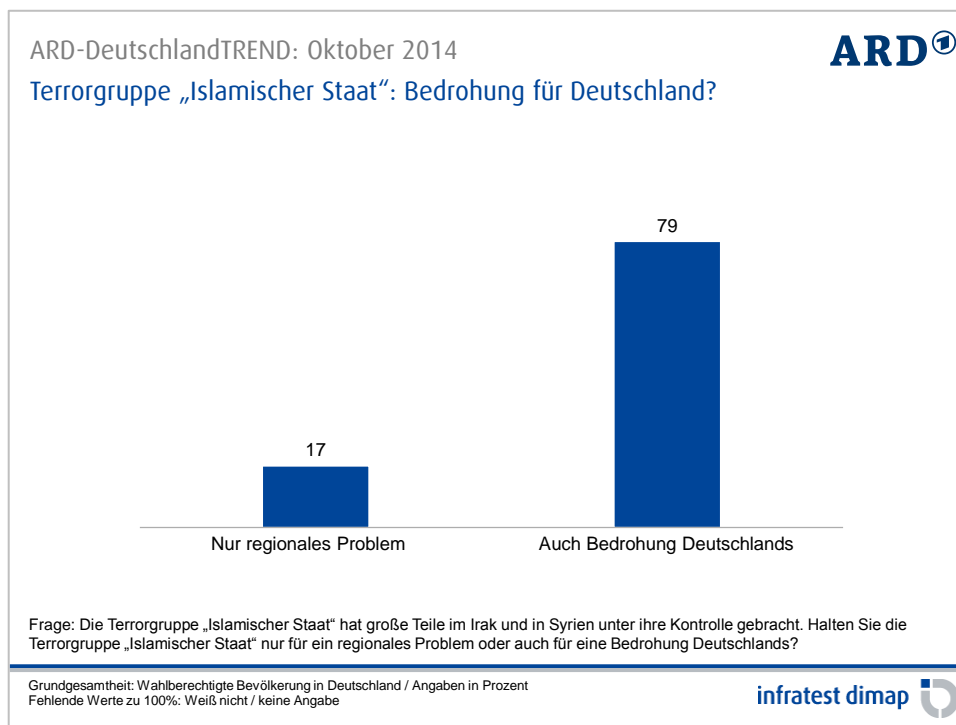
Deutsche bleiben über weltpolitische Lage besorgt

Angesichts der Vielzahl internationaler Konflikte betrachten die Bundesbürger die weltpolitische Lage mit zunehmender Sorge: Nach 58 Prozent im September empfinden aktuell 62 Prozent der Deutschen die internationale politische Lage als sehr bedrohlich (10 Prozent) oder bedrohlich (52 Prozent). Knapp vier von zehn (38 Prozent) teilen dieses Bedrohungsgefühl nicht und betrachten die internationalen Entwicklungen als wenig (34 Prozent) oder gar nicht (4 Prozent) bedrohlich. In allen gesellschaftlichen Gruppen ist eine Mehrheit über die aktuelle außenpolitische Situation besorgt, besonders verunsichert von den weltpolitischen Entwicklungen sind die Anhänger der AfD (76 Prozent).

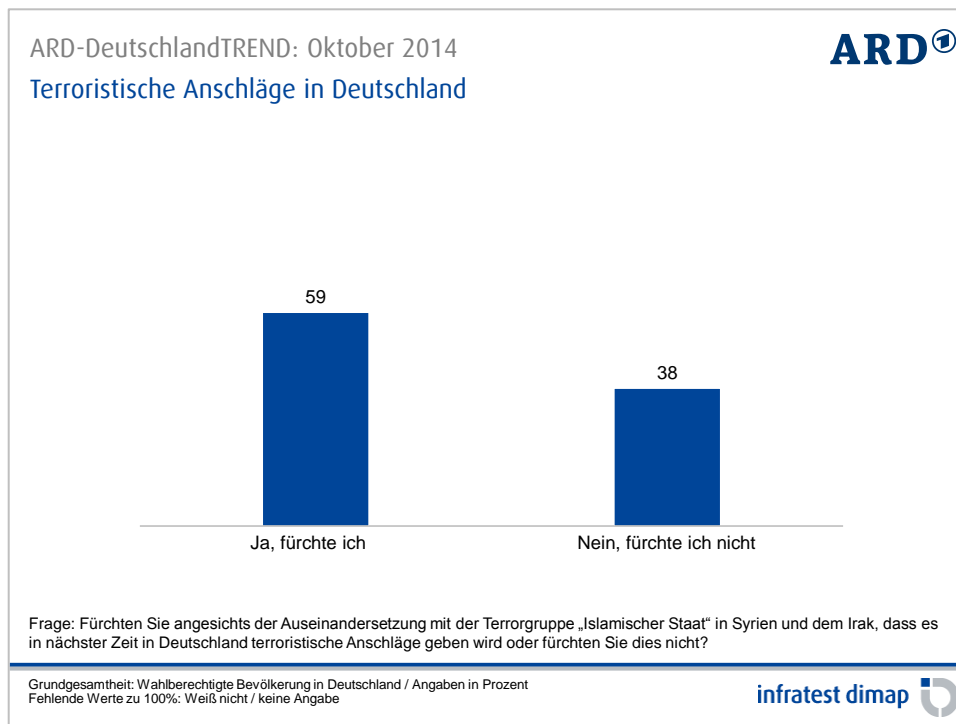


Acht von zehn sehen Terrorgruppe „Islamischer Staat“ als Bedrohung Deutschlands

Zum aktuellen Bedrohungsgefühl der Deutschen tragen verschiedene außenpolitische Entwicklungen bei – eine davon ist der Vormarsch der Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Irak und Syrien. Acht von zehn (79 Prozent) sehen in der Terrorgruppe eine Bedrohung auch für die Bundesrepublik. Nur jeder Sechste (17 Prozent) sieht im „IS“ ein auf den Nahen Osten begrenztes regionales Problem.

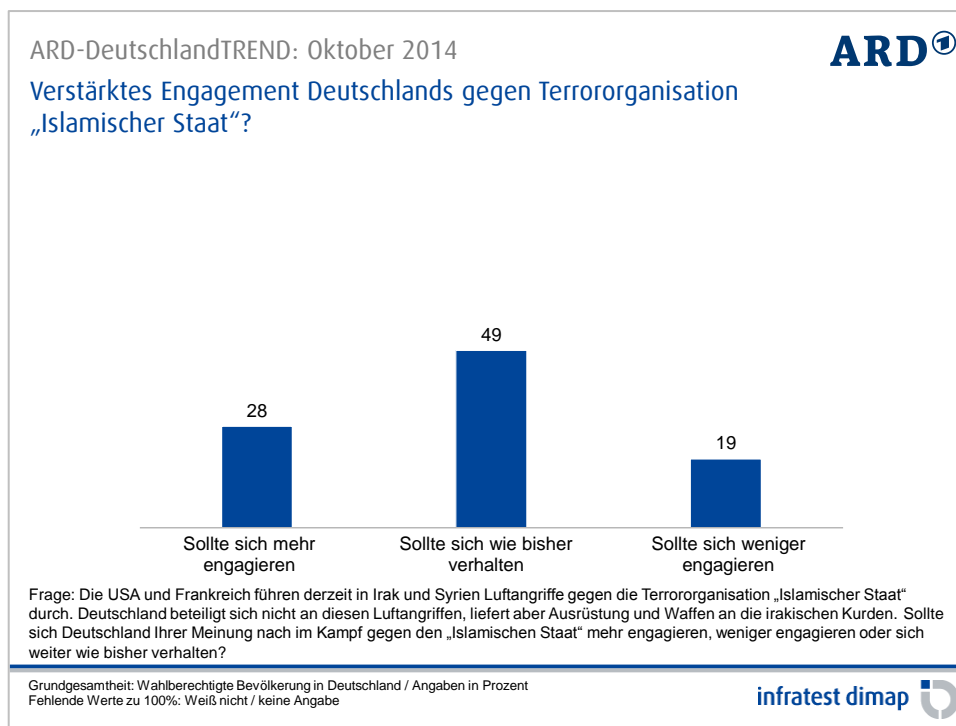


Die Einordnung der Terrormiliz als Bedrohung für die Bundesrepublik fußt nicht zuletzt auf der Sorge, dass Deutschland zum Ziel von Anschlägen des „Islamischen Staats“ werden könnte. Sechs von zehn (59 Prozent) fürchten, dass es im Zuge der Auseinandersetzungen mit der Terrormiliz in Syrien und im Irak zu Terroranschlägen in Deutschland kommen könnte – eine Sorge, die insbesondere bei älteren Bundesbürgern besteht. Vier von zehn (38 Prozent) sehen darin keine Gefahr.



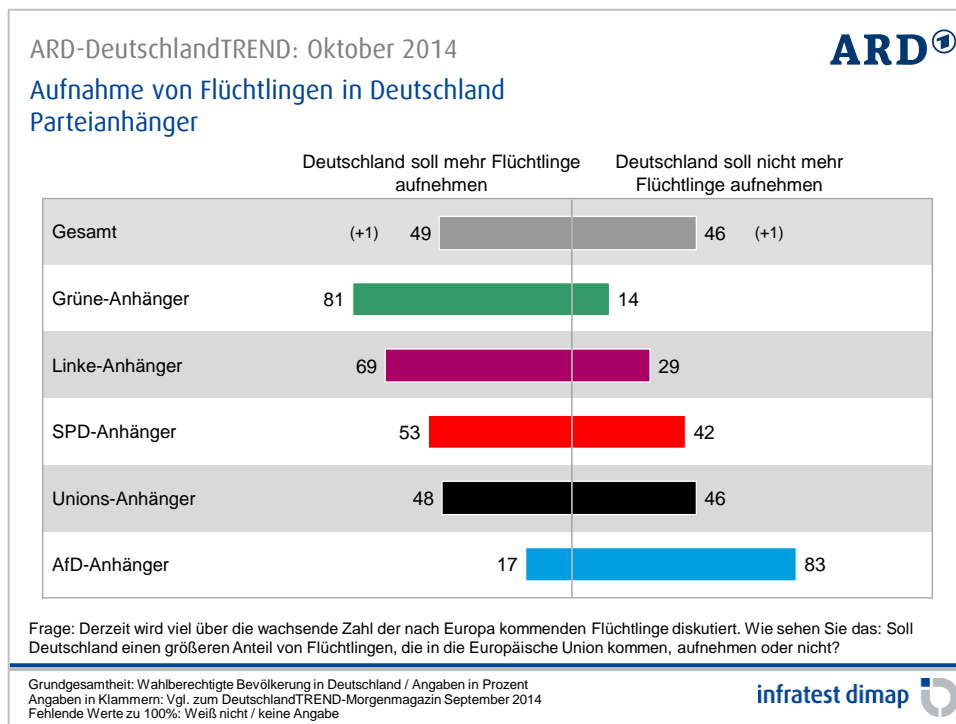
Kampf gegen „IS“ im Nahen Osten: Mehrheit gegen stärkeres Engagement Deutschlands

Um ein weiteres Vorrücken der Terrormiliz zu verhindern, führen neben den USA und Frankreich auch mehrere arabische Länder derzeit Luftangriffe auf Stellungen des „Islamischen Staats“ durch. Deutschland ist hieran nicht beteiligt, liefert aber Waffen an kurdische Kämpfer im Irak. Drei von zehn (28 Prozent) wünschen sich ein darüber hinausgehendes Engagement Deutschlands. Sieben von zehn sprechen sich dagegen aus: Sie unterstützen die derzeitige Linie der Bundesregierung (49 Prozent) oder aber wünschen sich eine größere Zurückhaltung Deutschlands (19 Prozent).



Aufnahme von mehr Flüchtlingen in Deutschland bleibt umstritten

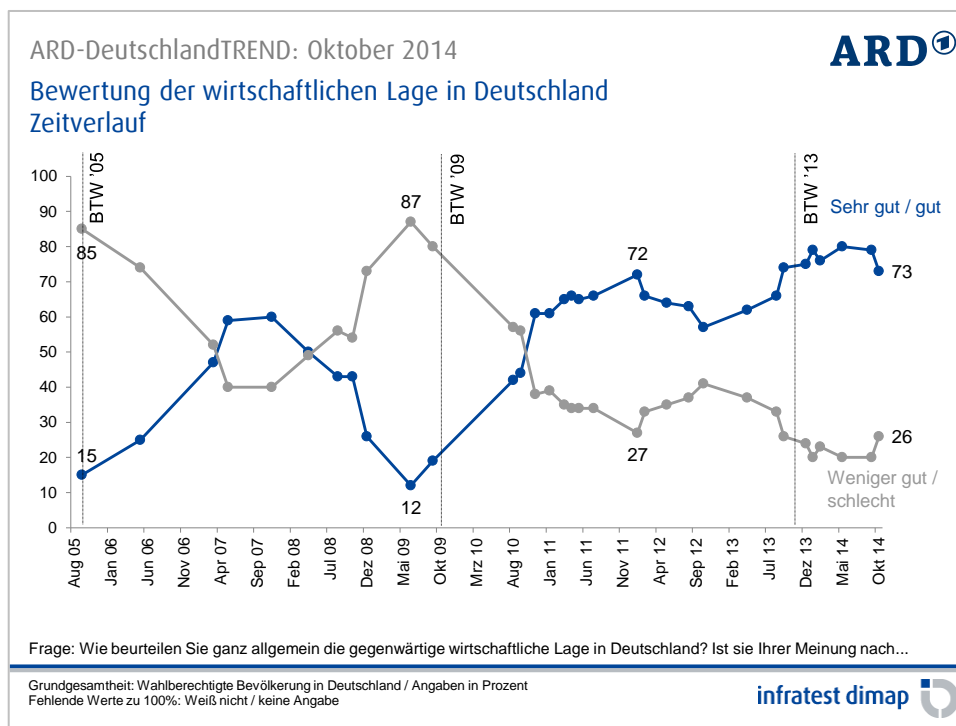
Vor dem Hintergrund der vielen Krisen und Konflikte ist die Zahl der nach Europa kommenden Flüchtlinge deutlich angewachsen. Sechs von zehn Deutschen (58 Prozent) sind aktuell der Meinung, dass die Europäische Union generell mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte als bisher, vier von zehn (37 Prozent) sprechen sich dagegen aus.



Eine verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik stößt bei den Deutschen demgegenüber auf ein geteiltes Echo: Die Hälfte (49 Prozent) der Deutschen befürwortet die Aufnahme von mehr Flüchtlingen, etwa genauso viele (46 Prozent) lehnen dies ab. Zurückhaltend gegenüber einer verstärkten Flüchtlingsaufnahme durch die Bundesrepublik zeigen sich insbesondere Arbeiter, Arbeitslose und einfach Gebildete. Während die Anhänger der Grünen, der Linken und der SPD die Aufnahme eines größeren Flüchtlingsanteils mehrheitlich unterstützen, sind die Unions-Anhänger in dieser Frage gespalten. Die AfD-Anhängerschaft lehnt einen erhöhten Anteil von Flüchtlingen deutlich ab.

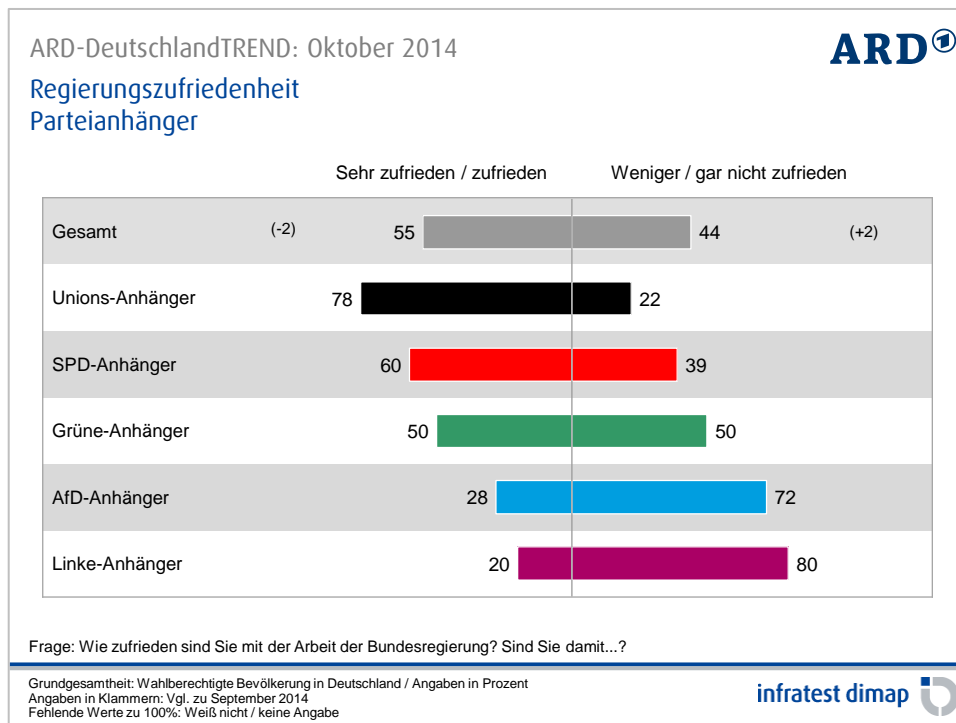
Wirtschaftliche Zufriedenheit bleibt trotz Einbußen gut

Die Sorge um die aktuelle außenpolitische Situation wird weiterhin begleitet von einer insgesamt guten wirtschaftlichen Stimmung im Land: Zwar hat binnen Monatsfrist die wirtschaftliche Zufriedenheit erkennbar nachgelassen (-6). Drei von vier Deutschen (73 Prozent) aber bewerten die konjunkturelle Situation in Deutschland weiterhin als sehr gut oder gut. Auch bleibt die Mehrheit der Bundesbürger optimistisch: Nur 37 Prozent glauben, dass die deutsche Konjunktur an Fahrt verlieren könnte. Jeder Zweite (50 Prozent) erwartet dagegen für die kommenden zwölf Monate keine gravierenden Änderungen, zehn Prozent rechnen bis zum nächsten Jahr sogar mit einer verbesserten wirtschaftlichen Lage.



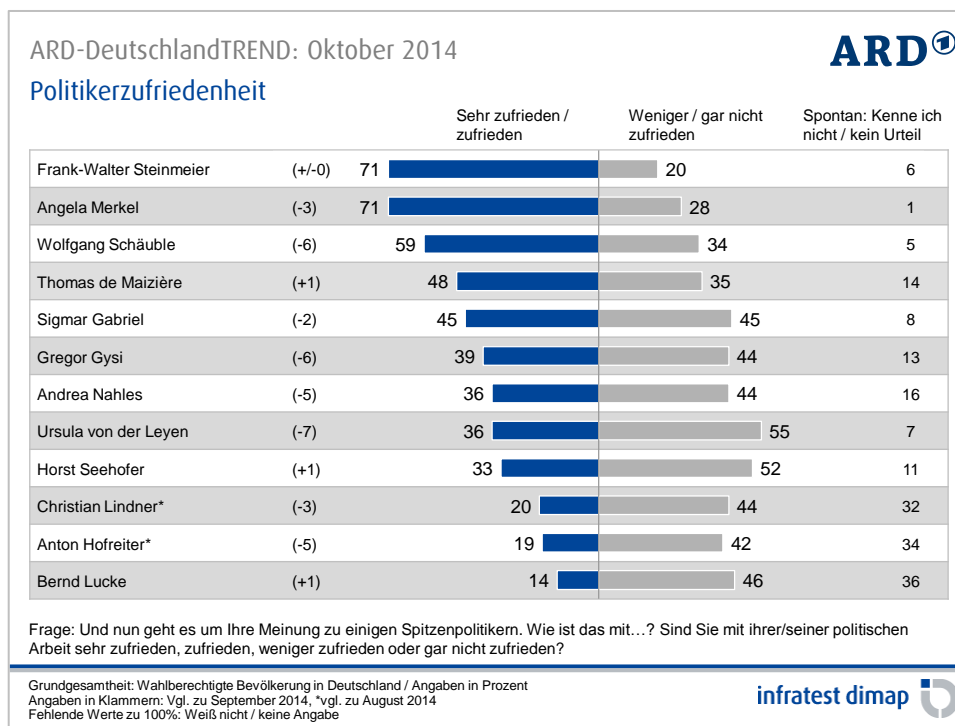
Regierungszufriedenheit weiterhin hoch

Die letzten Wochen gaben den Deutschen nur wenig Anlass, ihre insgesamt positive Sicht auf die Regierungsarbeit grundlegend zu ändern. Der Rückhalt des Berliner Kabinetts gibt zwar etwas nach (-2), jedoch überwiegt mit 55 Prozent weiterhin die Zustimmung zum Berliner Kabinett. 44 Prozent (+2) äußern sich kritisch. Unions- und SPD-Anhänger sind weiterhin mehrheitlich zufrieden mit den Leistungen der Großen Koalition. In den Reihen der Grünen findet die Regierungsarbeit immerhin bei jedem Zweiten ein positives Echo, während bei den Anhängern von Linken und AfD die Kritik jeweils deutlich überwiegt.



Politikerzufriedenheit: von der Leyen unter Druck

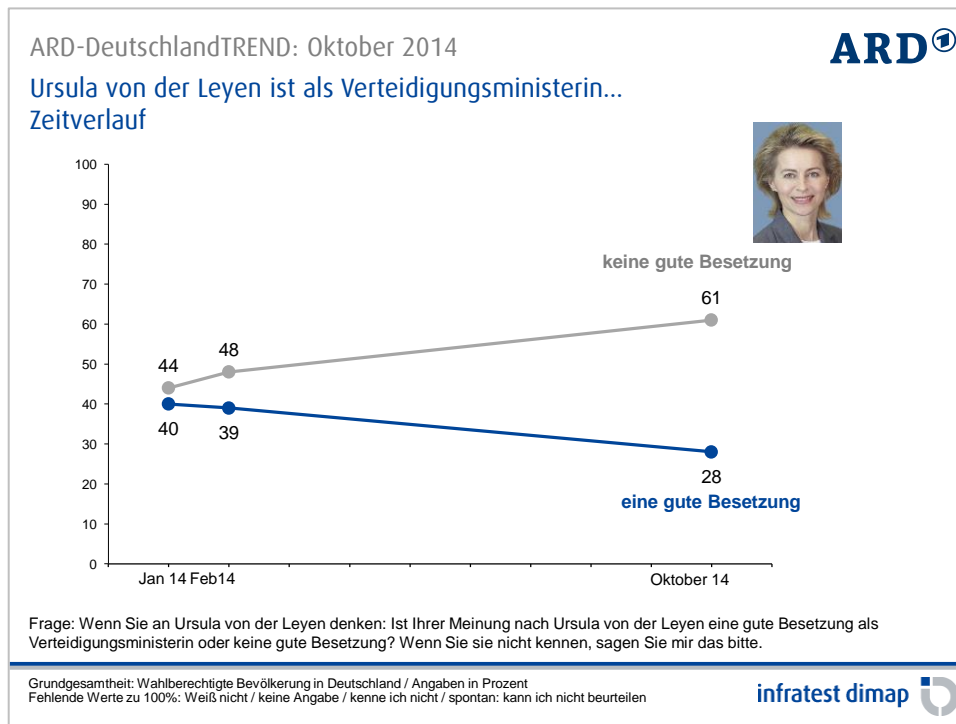
Nach wie vor stehen in der außenpolitisch dominierten Nachrichtenlage Kanzleramt, Auswärtiges Amt und Verteidigungsministerium im Fokus der Öffentlichkeit. Bundeskanzlerin Angela Merkel (71 Prozent; -3 Punkte im Vergleich zum September) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (71 Prozent; +/-0) überzeugen unverändert eine große Mehrheit der Deutschen und führen die Liste der populärsten Politiker weiterhin an. Demgegenüber erhält aktuell Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit 36 Prozent so wenig Zuspruch wie nie zuvor in ihrer Karriere als Bundespolitikerin. Mit der Debatte um die Ausrüstung der Bundeswehr verliert sie binnen Monatsfrist so deutlich an Rückhalt (-7) wie kein anderer der im aktuellen ARD-DeutschlandTREND abgefragten Politiker.



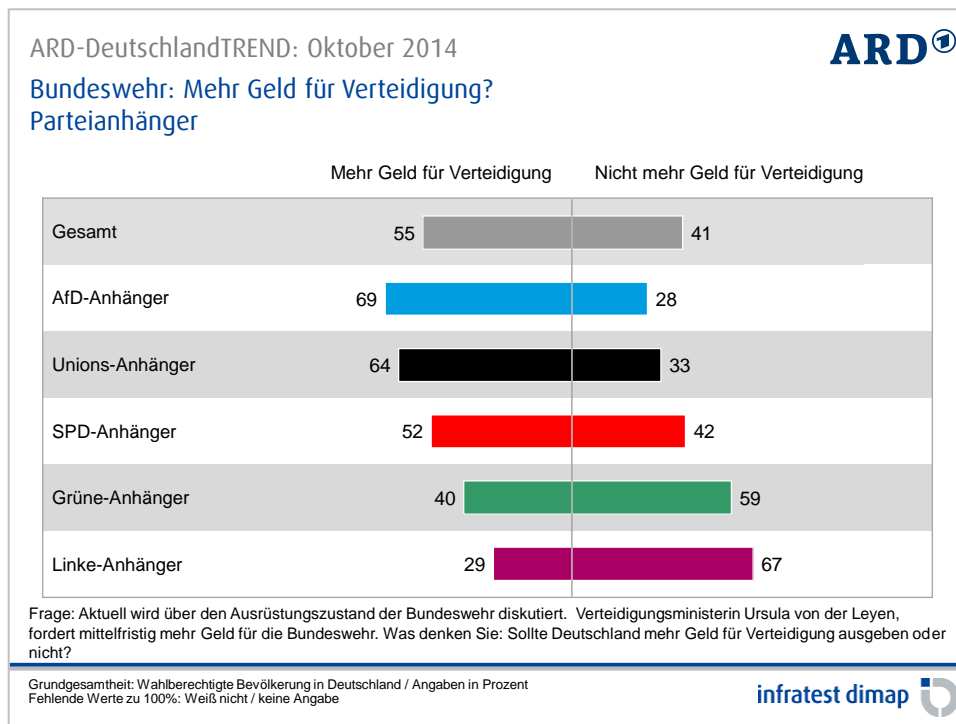
Besser als von der Leyen schneiden im aktuellen Urteil der Bundesbürger Finanzminister Wolfgang Schäuble (59 Prozent; -6), Innenminister Thomas de Maizière (48 Prozent; +1), Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (45 Prozent; -2) und Linken-Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi (39 Prozent; -6) ab. Arbeitsministerin Andrea Nahles liegt mit 36 Prozent Zustimmung (-5) gleichauf mit der Verteidigungsministerin, der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer folgt mit 33 Prozent (+1) knapp dahinter. Die letzten drei Plätze im Urteil der Deutschen nehmen aktuell der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner (20 Prozent), der Grünen-Fraktionsvorsitzende Andreas Hofreiter (19 Prozent) und der AfD-Vorsitzende Bernd Lucke (14 Prozent; +1) ein.

Ausrüstungspannen bei der Bundeswehr: Zweifel an Ministerin, Sympathien für Forderung nach besserer Finanzausstattung

Als erste Frau im Verteidigungsressort stieß Ursula von der Leyen in der Bevölkerung von Beginn an auf sichtbare Zweifel, was ihre Eignung für das Amt anbetrifft. Durch die Diskussion über den Ausrüstungszustand der Bundeswehr haben diese Zweifel deutlich zugenommen: Nach 48 Prozent im Februar sind aktuell 61 Prozent der Deutschen der Meinung, die CDU-Politikerin sei keine gute Besetzung – eine Sichtweise, die auch in den Reihen der Unions-Anhänger (56:35 Prozent) dominiert.

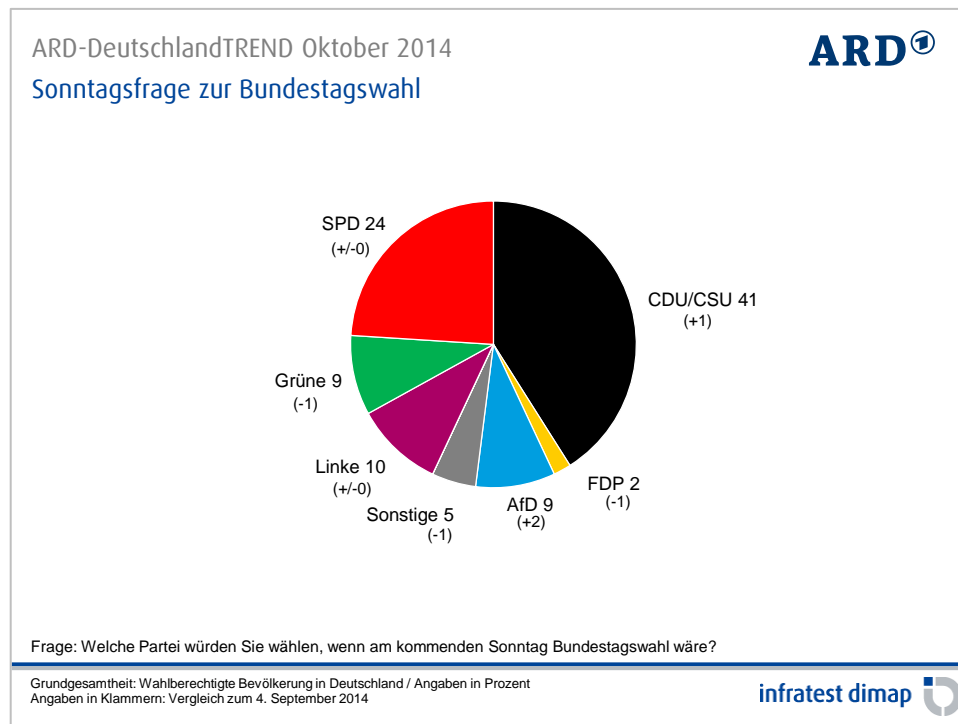


Mit ihrem Einsatz für eine bessere Finanzausstattung der Bundeswehr könnte es der Ministerin aber möglicherweise gelingen, sich wieder etwas Luft zu verschaffen. Angesichts der nicht abreißenden Meldungen über Ausrüstungsmängel sprechen sich 55 Prozent dafür aus, mittelfristig mehr Geld für Verteidigung auszugeben. Zustimmung findet von der Leyen hierfür in den Reihen von Union, SPD und AfD. Demgegenüber lehnen vier von zehn Wahlberechtigten (41 Prozent) eine Aufstockung des Wehretats ab.



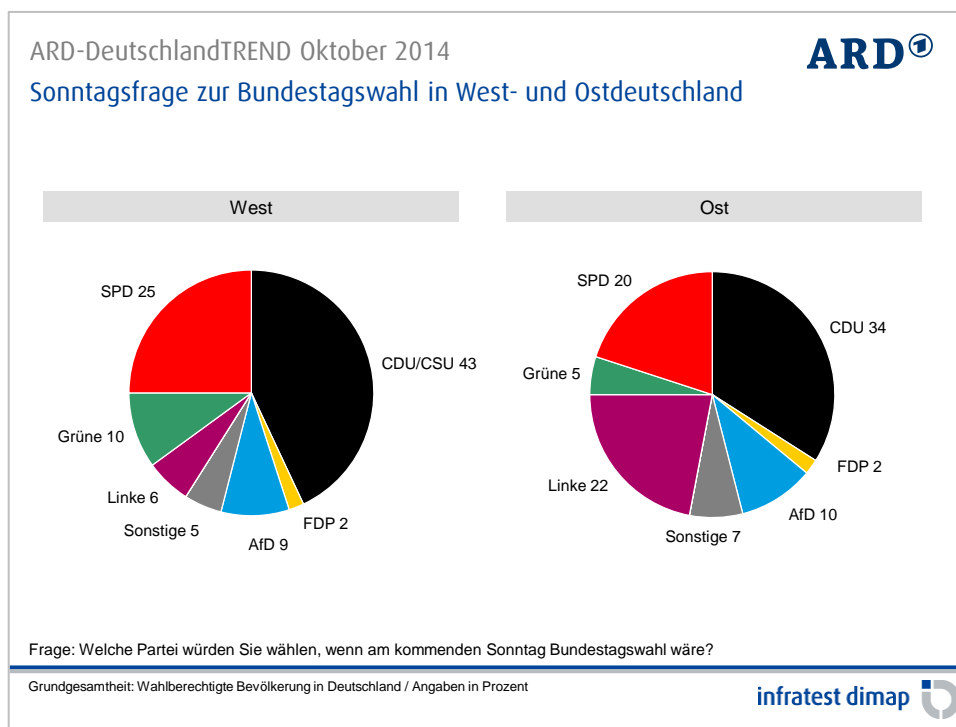
Sonntagsfrage: AfD auf Rekordhoch, FDP rutscht auf 2 Prozent ab

In der aktuellen politischen Stimmung kommt die CDU/CSU bundesweit auf einen Stimmenanteil von 41 Prozent, ein Plus von einem Punkt im Vergleich zum Vormonat. Damit ist die Union weiterhin klar stärkste politische Kraft in Deutschland. Die SPD erreicht wie im September 24 Prozent. Die Linke bleibt ebenfalls stabil bei 10 Prozent der Wählerstimmen. Die Grünen hingegen geben einen Punkt an und kämen derzeit auf 9 Prozent. Damit liegen sie gleichauf mit der Alternative für Deutschland, die nach ihren Wahlerfolgen bei den drei Landtagswahlen im letzten Monat weiter zulegt (9 Prozent, +2). Die FDP rutscht in diesem Monat auf 2 Prozent ab und liegt damit weit entfernt von der Mandatsschwelle. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 5 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen.



Für die AfD bedeutet dies ein Rekordhoch im ARD-DeutschlandTREND. Die Liberalen fallen mit ihrem aktuellen Wert auf den niedrigsten Stand seit Januar 2012 - damals wie heute Rekordtief.

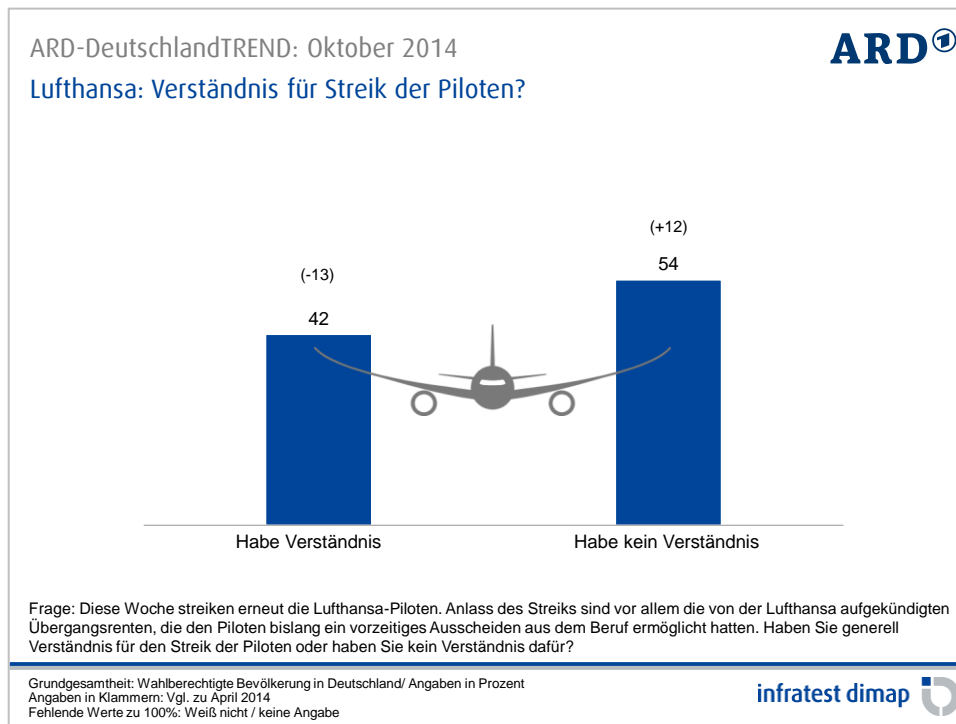
Während die Union in den westlichen Bundesländern leicht auf 43 Prozent zulegt, verliert sie in den östlichen Ländern leicht an Rückhalt (34 Prozent). Die SPD bleibt in West wie Ost stabil (25/20 Prozent). Die Grünen und auch die Liberalen verlieren in beiden Teilen des Landes jeweils einen Punkt – allerdings auf deutlich unterschiedlichem Niveau. Bei der Linken ist die Entwicklung unterschiedlich: In den westlichen Bundesländern verzeichnet die Linkspartei leichte Verluste (6 Prozent), während sie im Osten stabil bei 22 Prozent abschneidet. Die AfD legt deutlich zu, im Osten erreicht sie mit 10 Prozent sogar einen zweistelligen Stimmenanteil.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Spartengewerkschaften: Verständnis für Lokführer, nicht aber für Lufthansa-Piloten

In dieser Woche streikten erneut die Piloten der Lufthansa für die Beibehaltung ihrer bisher geltenden Frührenten-Regelung. Gleichzeitig befinden sich die Lokführer in einer Urabstimmung über Streiks bei der Deutschen Bahn unter anderem zugunsten einer besseren Bezahlung und geringerer Wochenarbeitsstunden. Anders als bei ihrem letzten Streik finden die Lufthansa-Piloten mit ihrer neuerlichen Streikaktion vom Dienstag bei mehr als jedem zweiten Bundesbürger (54 Prozent; +12) kein Verständnis. Die Lokführer könnten dagegen im Falle einer Arbeitsniederlegung auf mehr Sympathien in der Bevölkerung hoffen: 54 der Deutschen signalisieren Verständnis für einen möglichen Ausstand bei der Bahn.

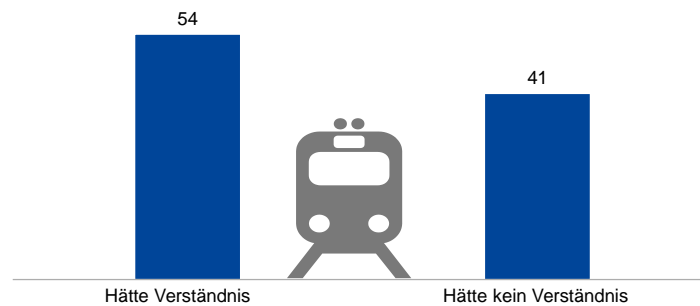


Ungeachtet des neuerlichen Ausstands der Lufthansa-Piloten und den Streikplanungen der Lokführer überwiegt bei 54 Prozent der Deutschen die Ansicht, dass es auch künftig kleinen Spartengewerkschaften erlaubt sein sollte, eigene Tarifverträge auszuhandeln und zum Streik aufzurufen. 38 Prozent unterstützen dagegen Pläne der Koalition zur Stärkung der Tarifeinheit. Sie sähen es lieber, wenn künftig in einem Unternehmen nur noch Tarifverträge der mitgliederstärksten Gewerkschaft zum Tragen kämen – eine Haltung, die in den letzten Monaten bei den Deutschen an Zuspruch gewonnen hat.

ARD-DeutschlandTREND: Oktober 2014

ARD¹

Lokführer: Verständnis für möglichen Streik?



Frage: Die Gewerkschaft der Lokführer, GdL, stimmt derzeit über längere Streiks bei der Deutschen Bahn ab. Die GdL fordert unter anderem eine Gehaltssteigerung von 5 Prozent und möchte künftig auch für andere Berufsgruppen bei der Bahn verhandeln dürfen. Hätten Sie generell Verständnis für einen Streik der Lokführer oder hätten Sie kein Verständnis dafür?

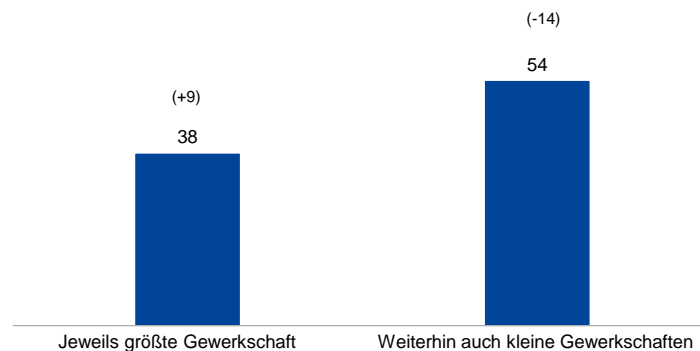
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland/ Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap 

ARD-DeutschlandTREND: Oktober 2014

ARD¹

„Tarifeinheit“: Soll die jeweils größte Gewerkschaft entscheiden oder weiterhin auch kleine Gewerkschaften verhandeln/streiken dürfen?



Frage: Bei der Lufthansa und der Bahn streiken immer wieder relativ kleine Gewerkschaften, die mit Piloten oder Lokführern nur jeweils eine von mehreren Berufsgruppen in den Unternehmen vertreten. Es gibt Pläne, dass künftig pro Unternehmen nur noch ein Tarifvertrag gilt. Nur die größte Gewerkschaft soll dann den Tarifvertrag aushandeln und zum Streik aufrufen dürfen. Gesonderte Tarifverträge für kleinere Berufsgruppen gäbe es dann nicht mehr. Fänden Sie es richtig, wenn nur die jeweils größte Gewerkschaft entscheidet oder sollen auch weiterhin kleinere Gewerkschaften eigene Tarifverträge aushandeln und streiken dürfen?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland/ Angaben in Prozent
Angaben in Klammern: Vgl. zu April 2014
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap 

--
Richard Hilmer
Reinhard Schlinkert